



Seminar im allgemeinen Verwaltungsrecht und öffentlichen Verfahrensrecht – FS 2026

Der Lehrstuhl Griffel bietet im Frühlingssemester 2026 ein Seminar im allgemeinen Verwaltungsrecht und öffentlichen Verfahrensrecht an. Es richtet sich an Studierende der Aufbaustufe, welche eine Bachelorarbeit im Umfang von 6 ECTS-Punkten verfassen.

- Datum und Ort: **19.– 21. März 2026**, Seminarhotel Rigi am See, Weggis LU
- Teilnehmende: 20 Studierende der Aufbaustufe (BLaw)
- Kosten: ca. CHF 350.-
- Anmeldung: Die Anmeldung für das Seminar erfolgt ausschliesslich über das Anmeldetool der Rechtswissenschaftlichen Fakultät.
- Leistungsnachweis: Die Bachelorarbeiten werden benotet. Das 15-minütige Referat anlässlich des Seminars wird bei besonders grosser Abweichung zwischen dem Referat und der schriftlichen Arbeit der Gesamtnote angerechnet.
- Umfang: 40'000–50'000 Zeichen (inkl. Fussnoten, exkl. Leerzeichen, Deckblatt, Verzeichnisse, Anhänge und Eigenständigkeitserklärung)
- Abgabedatum: **30. März 2026**

Eine **obligatorische Vorbesprechung** zum Seminar findet am **4. November 2025** von 12:30–13:30 Uhr im Raum KOL-G-212 statt. Anlässlich dieser Besprechung werden die Seminarthemen (siehe nächste Seite) verteilt, wobei die Teilnehmenden dem Lehrstuhl vorgängig ihre Präferenzen mitteilen.

Zu organisatorischen Zwecken, insbesondere zur Angabe der **präferierten Seminarthemen**, werden die zu diesem Zeitpunkt dem Seminar zugeteilten Studierenden am 20. Oktober 2025 in einen OLAT-Kurs hinzugefügt. Eine Einschreibung für maximal 4 präferierte Themen ist ab diesem Zeitpunkt bis zum 2. November 2025 möglich.

Bitte beachten Sie betreffend die formalen, organisatorischen, inhaltlichen und sprachlichen Anforderungen sowie betreffend das methodische Vorgehen und genauere Informationen zur Durchführung des Seminars die Dokumente «Allgemeine Hinweise» sowie «Hinweise zum Verfassen einer Seminararbeit» auf der Webseite des Lehrstuhls Griffel.



Seminar im allgemeinen Verwaltungsrecht und öffentlichen Verfahrensrecht – Seminarthemen

Schwerpunkt Verfügung/Realakt

1. Die Abgrenzung zwischen dem Grund- und dem Betriebsverhältnis im Zusammenhang mit internen Anordnungen
2. Die Anwendung öffentlichen Rechts als Verfügungskriterium
3. Die Abgrenzung zwischen ursprünglich und nachträglich fehlerhaften Verfügungen
4. Die Rechtsfolgen nichtiger Verfügungen
5. Die Eröffnung und Anfechtung von universitären Prüfungsentscheiden

Schwerpunkt öffentliches Entschädigungsrecht

6. Die Berücksichtigung subjektiver Schäden im Enteignungsverfahren
7. Evakuierungen infolge Naturgefahren: materielle Enteignung oder polizeiliche Massnahme?
8. Das Sonderopfer im Enteignungsrecht: Relevanz als eigenständiger Enteignungs-Tatbestand
9. Die Geltendmachung von Schäden wegen unzureichenden Gefahrenpräventions-Massnahmen des Bundes
10. Staatshaftung: Zuständigkeit der Zivilgerichte

Schwerpunkt Infrastruktur

11. Die Abgrenzung zwischen der Konzession des öffentlichen Dienstes und der Beleihung
12. Betriebspflichten bei Personenbeförderungskonzessionen: Rechtsnatur, Durchsetzung und Grenzen
13. Der bedingte Anspruch auf die Nutzung von öffentlichen Sachen – Verwaltungsvermögen und öffentlichen Sachen im Gemeingebrauch im Vergleich
14. Das Legalitätsprinzip im Abgaberecht, im Sonderstatusverhältnis und in der Leistungsverwaltung im Vergleich
15. Ersatzabgaben: rechtliche Qualifikation und Bedeutung des Gleichheitsgebots sowie des Verhältnismässigkeitsprinzips

Schwerpunkt Verfahrensrecht

16. Das Spannungsverhältnis zwischen dem Untersuchungsgrundsatz und den Mitwirkungspflichten im Verwaltungsverfahren
17. Das Beschleunigungsgebot im Verwaltungsverfahren: Leerformel oder durchsetzbarer Anspruch?
18. Die Willkürbeschwerde an das Bundesgericht: historische Entwicklung und heutige Bedeutung
19. Die aufschiebende Wirkung im streitigen Verwaltungsverfahren
20. Rechtliches Gehör im Verwaltungsverfahren: Ausübung, Verletzung und Heilung